

Aktuelle Debatte:

Schwarz-Blau II: National reden, unsozial handeln

Editorial

Joachim Becker und Predrag Ćetković

Schwarz-Blau I und II zeichnen sich durch viele Parallelen, aber auch einige wichtige Unterschiede aus. In beiden Fällen trägt das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der Regierung die Handschrift der Industriellenvereinigung. Es ist jeweils auf eine Schwächung der ArbeitnehmerInnenvertretungen, eine neoliberale, unternehmerfreundliche Steuerpolitik und einen Sozialabbau gerichtet. Es werden aber auch erste Unterschiede erkennbar. Wie in anderen Ländern mit rechtsnationalistischer Regierungsbeteiligung ist das aktuelle Programm von Schwarz-Blau aggressiver als die Vorkrisenaufgabe einer solchen Regierung. Ging es den Schüssel-Regierungen sozialpolitisch vor allem um Pensionskürzungen, stehen bei Schwarz-Blau II tiefgreifende Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung – nach dem deutschen Modell Hartz IV – auf der Tagesordnung. Hierdurch würde der Weg in eine stärkere Verbreitung eines Niedriglohnsektors bereitet. Die erste schwarz-blaue Regierung löste in der EU heftige Reaktionen und eine improvisierte Verhängung von Sanktionen aus. Die heutige schwarz-blaue Regierung ist europäische Normalität, was ein Ausdruck des deutlichen nationalistisch eingefärbten Rechtsrucks in den EU-Ländern ist.

In diesem Debattenteil nehmen wir eine erste, selektive Bestandsaufnahme des Programms und der ersten Schritte der Kurz-Regierung vor. Joachim Becker vergleicht Programmatik und erste reale Akzentsetzungen der schwarz-blauen Regierung in Wien mit der Praxis anderer Regierungen mit maßgeblicher rechtsnationalistischer Beteiligung in der EU: einerseits mit Ungarn, das manchen als eine wichtige Referenz für die schwarz-blaue Regierung gilt, andererseits mit Belgien, das hinsichtlich der Stellung in der europäischen Arbeitsteilung und des institutionellen Kontextes deutlich stärkere Ähnlichkeiten mit Österreich aufweist. Bestimmte Anklänge an die Praxis der Regierung Viktor Orbáns sieht Becker im Umbau des Staates im Sinne der Schaffung eines „neoliberalen Parteienstaates“ und in den Konturen der Schaffung eines exkludierenden Sozialstaates, der MigrantInnen und Flüchtlinge ausgrenzt und diskriminiert wie auch allgemein Arme stigmatisiert und ihre materielle Absicherung absenkt. In der stark neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik sind stärkere Parallelen zu Belgien erkennbar. Alle drei Regierungen – in Brüssel, Budapest und Wien – suchen, wenn auch mit unterschiedlicher Schärfe, die institutionelle Macht von Gewerkschaften und Interessenvertretungen von ArbeitnehmerInnen zu schwächen.

Markus Koza setzt sich in seinem Beitrag einerseits mit den systematischen Vorhaben der Schwächung von ArbeitnehmerInnenvertretungen – Kammern, Gewerkschaften, Betriebsräte – andererseits mit den Umbauplänen von Schwarz-Blau bei der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik auseinander. Hierbei wird deutlich, dass die Stoßrichtung von Schwarz-Blau durchaus passend zu generelleren Trends in der EU ist. Inwieweit diese Pläne umgesetzt werden können, ist für ihn nicht zuletzt von der Stärke gesellschaftlicher Gegenmobilisierungen abhängig.

Im letzten Beitrag beschäftigt sich Andreas Novy mit den politischen Parteien – speziell den Mitte-Links-Parteien – im Zeichen des Umbruchs. Er skizziert Umbrüche in den gesellschaftlichen Strukturen und Normen, welche besondere Herausforderungen für Mitte-Links-Kräfte – also die aktuelle Opposition – darstellen. Er arbeitet einerseits die Notwendigkeit des Findens neuer organisatorischer Formen der (partei-)politischen Arbeit, andererseits die Notwendigkeit des Erarbeitens einer eigenen positiven Vision von (Mitte-)Links-Kräften heraus.

Dieser Debattenteil zu Schwarz-Blau ist nur ein erster Beitrag des Kurswechsel zur Analyse und Diskussion des schwarz-blauen Projektes. In Heft 3 wird sich der Kurswechsel umfassender mit Schwarz-Blau II auseinander setzen.